

## **Beschluss**

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. Juni 2014

### **§ 23**

#### **Postulat FDP-Landratsfraktion „Behandlung von Stellenbegehren an Budgetdebatte koppeln“**

(Bericht Regierungsrat, 22.4.2014)

*Christian Marti*, Glarus, Mitunterzeichner, zeigt sich im Namen der FDP-Fraktion mit der Abschreibung des Postulats und dem vom Regierungsrat skizzierten Vorgehen einverstanden. – Die FDP-Fraktion ist sehr froh, dass ihr Anliegen, einen finanzpolitischen Überblick über die Aufgaben der Verwaltung und die dafür benötigten Ressourcen zu schaffen, Gehör gefunden hat. Für die differenzierte und analytische Vorgehensweise des Regierungsrates bei der Beantwortung des Vorstosses gebührt diesem Dank. Es ist festzustellen, dass sich seit der Überweisung des Vorstosses im April 2012 Änderungen am Vorschlag, wie der Regierungsrat künftig vorgehen soll, ergeben haben. Mit der Weiterentwicklung dieses Vorschlages ist die FDP-Fraktion einverstanden. Sie schätzt es, dass der Regierungsrat weiterhin mit dem Budgetbericht über neue befristete und ständige Stellen sowie die Weiterführung von befristeten Stellen transparent informiert. Damit kann der Landrat sehr eng in diese Fragestellungen miteinbezogen werden. Auch wenn der Regierungsrat feststellt, dass nicht ganz geklärt sei, wo genau die Kompetenzen liegen. Abschliessend stellt sich dennoch die Frage, ob eine Präzisierung bei der nächsten Anpassung der Landratsverordnung notwendig ist, um die Praxis abzustützen. Es sei an das Votum von Landrat Thomas Kistler im Rahmen der Überweisung erinnert. Er machte darauf aufmerksam, dass nicht ganz klar sei, welche Kommission diese Geschäfte vorberaten soll. Die FDP-Fraktion ist mit dem Vorschlag, dass dies die Finanzaufsichtskommission sein soll, einverstanden. Die Rolle der Kommission Finanzen und Steuern ist zu klären.

Der *Vorsitzende* weist darauf hin, dass im Landratsbüro immer wieder über Anpassungen an der Landratsverordnung diskutiert werde. Eine entsprechende Liste werde geführt. Es sei Ziel, die Landratsverordnung in der neuen Legislatur zu überarbeiten.

**Abstimmung:** Das Postulat ist als erledigt abgeschrieben. Der Landrat nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis des vom Regierungsrat skizzierten Vorgehens bei der Behandlung von Stellenbegehren.